

Straßburger Erklärung zu den Grundlagen Europäischer Nachbarschaftspolitik

Beschlossen vom Landesausschuss der Jungen Union Baden-Württemberg am 7. Juni 2005
im Europaparlament in Straßburg



Die Lage der Europäischen Union

Die nachbarschaftlichen Beziehungen hängen für die Junge Union nicht nur mit dem Zustand der Nachbarstaaten, sondern auch mit der Lage der Europäischen Union selbst zusammen.

Nachdem die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages in weite Ferne gerückt ist, fehlt Europa derzeit der konstitutionelle Rahmen um das Miteinander der 25 Mitgliedsstaaten effizient organisieren zu können. Die größte Herausforderung für die Europäische Union ist es deshalb, ihre innere Reform zu meistern um damit sowohl gesetzgeberisch wie auch finanziell wieder handlungsfähig zu werden.

Gleichzeitig fehlt in der Europäischen Union vor allem den Regierungen der Mitgliedsstaaten derzeit eine konkrete, konsensfähige und von den Bürgern auch akzeptierte Perspektive für die künftige europäische Fortentwicklung. Die dennoch immer weiter vorangetriebene Integration und staatliche Erweiterung wirkt deshalb bisweilen konzeptionslos und willkürlich.

Vom Treffen der Staats- und Regierungschefs am 16. und 17. Juni muss daher das klare Signal ausgehen, dass die Europäische Union nunmehr in eine Phase der Konsolidierung eintreten sollte. Um die beschriebenen Probleme zu bewältigen, muss sich Europa Zeit zum Nachdenken nehmen. Das gilt besonders im Hinblick auf die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik. An die Stelle weiterer und übereilter Beitritte zur Union muss vielmehr eine ökonomische und politische Stärkung nach Innen sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen nach Außen treten.

Grundbedingungen für weitere Beitritte

In Hinsicht auf sämtliche Nachbarstaaten stellt sich künftig die Frage, in welchem Umfang die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten ihre Beziehungen zu diesen fortentwickeln werden und ob für sie darüber hinaus eine Aufnahmeperspektive existiert. Die Grundlage jeder zukünftigen Erweiterung der Europäischen Union ist dabei die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, die beispielsweise die wirtschaftliche und politische Stabilität sowie die Garantie der Rechtsstaatlichkeit umfassen. Daneben müssen aus Sicht der Jungen Union aber auch weitere Kriterien künftig deutlicher in die Diskussion einbezogen werden. So sind die natürlichen geographischen Grenzen Europas genauso zu beachten wie die jeweilige organisatorische und strukturelle Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union selbst. Ferner sollte die vorbehaltlose Anerkennung sämtlicher Mitgliedsstaaten durch die Beitrittskandidaten selbstverständlich sein. In besonderem Maße wird sich die Aufnahme weiterer Staaten auch an dem gemeinsamen christlich-abendländischen Erbe und dem darauf basierenden Wertefundament der Mitgliedsstaaten orientieren müssen.



Die Europäische Nachbarschaft

Die Entwicklung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten der Europäischen Union muss sich an den jeweiligen Verhältnissen vor Ort orientieren. Grundsätzlich lassen sich drei unterschiedlich zu bewertende Staatengruppen unterscheiden:

Erstens zu nennen sind die Staaten Westeuropas, die zwar politisch, ökonomisch und selbstverständlich auch kulturell die Voraussetzungen zur Aufnahme in die Europäische Union erfüllen würden, sich aber aus nationalen Gründen bislang gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union entschieden haben. Diese Staaten, wie die Schweiz, Norwegen oder Island, sind schon heute aufnahmefähig und würden die Europäische Union sinnvoll ergänzen.

Zweitens sind dies diejenigen – inzwischen nur noch osteuropäischen – Staaten, die mit uns auf eine grundsätzlich ähnliche abendländisch-christliche Geschichte und Kultur zurückblicken können, jedoch politisch wie wirtschaftlich noch nicht die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Die mittel- und langfristige Aufnahme dieser Staaten ist grundsätzlich möglich, hängt jedoch von weiteren grundlegenden Reformen in ökonomischer, politischer, gesellschaftlicher und rechtsstaatlicher Hinsicht ab. Die Junge Union spricht sich folglich für eine Prüfung und nötigenfalls eine Verschiebung der Beitritte von Rumänien und Bulgarien aus. Der Weg intensiver Beziehungen und weitgehender Assoziierungsabkommen sollte in der gesamten Region jedoch fortgesetzt werden. Gerade auf diesem Wege lassen sich unterhalb der Schwelle des EU-Beitritts Reformen vorantreiben und somit Stabilität gewinnen. Hinsichtlich der Russischen Föderation treten wir angesichts des erheblichen Reformbedarfs, des derzeit nicht vorhandenen Beitrittswunsches sowie der geographischen Lage lediglich für eine privilegierte Partnerschaft in wirtschafts- und sicherheitspolitischer Hinsicht ein.

Die Anrainerstaaten des Mittelmeers gehören drittens auch zur näheren Nachbarschaft der Europäischen Union. Diese sich von der Türkei über den Libanon bis in den Maghreb erstreckende Gruppe unterscheidet sich sowohl hinsichtlich der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen wie auch im Hinblick auf die herrschenden Wertevorstellungen deutlich von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Aus heutiger Sicht ist eine Aufnahme dieser Nachbarstaaten in die Europäische Union nicht vorstellbar. Vielmehr gilt es, im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Staaten hinzuwirken. Neben Maßnahmen der Entwicklungshilfe ist für die Junge Union auch die Schaffung einer „Mittelmeer-Wirtschaftszone“ mit europäischer Hilfe denkbar. Eine solche, in geringem Umfang auch institutionell verfestigte Organisation der EU-Nachbarstaaten am Mittelmeer, könnte für Stabilität und einheitliche Standards in der Region sorgen und dabei auch im Bereich der Flüchtlingsprävention mit der Europäischen Union zusammenwirken. Als weiterer Schritt würde sich dann die Schaffung einer Freihandelszone mit diesen Staaten anbieten.